



BBU-Pressemitteilung
06.06.2017

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

BBU begrüßt Warnung des deutschen Ärztetages vor Verharmlosung möglicher Strahlenschäden

(Bonn, Berlin, 06.06.2017) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die Warnung des 120. Deutschen Ärztetages vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden durch die geplante Verteilung von gering radioaktivem Restmüll aus dem Abriss von Atomkraftwerken (AKW). Das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig fordert dazu: „Die Bundesregierung muss die Warnung des Deutschen Ärztetages ernst nehmen. Der Umgang mit Atommüll darf nicht leichtfertig erfolgen und letztlich ist es geboten, sofort jegliche Atommüllproduktion in den noch laufenden Atomkraftwerken und Uranfabriken zu unterbinden.“

In einem Ende Mai gefassten Beschluss des Ärztetages heißt es: „Durch die sogenannte "Freigabe" gering radioaktiven Restmülls in die allgemeine Wiederverwertung und der Lagerung auf normalen Mülldeponien wird die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt. Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Bundesregierung auf, sich zur Minimierung der gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung für eine Verwahrung auch des gering strahlenden Mülls auf den Kraftwerksgeländen einzusetzen.“

Weiter heißt es in der Begründung des Beschlusses: „Als Ärzte weisen wir darauf hin, dass es keine Schwellenwerte für die Unbedenklichkeit von ionisierender Strahlung gibt und auch durch vermeintlich geringe Strahlenmengen gesundheitliche Schäden und Spätfolgen über Generationen entstehen können. In diesem Zusammenhang sind die gesundheitlichen Folgen einer Verteilung von AKW-Restmüll nicht ausreichend geklärt. Aus Strahlenschutzgründen muss die belastete Menge so klein wie möglich gehalten und mit dem bestmöglichen technischen Stand sicher verwahrt werden, am besten auf dem Kraftwerksgelände.“

http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/120.DAET/120DaetBeschlussProt_2017-05-26.pdf (TOP Ib - 111, S. 240).

Entsprechende Forderungen gibt es schon seit längerer Zeit von der Ärzteorganisation IPPNW sowie von Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden.

Die Initiative Atomerbe Obrigheim, die im BBU organisiert ist, befasst sich bereits seit einigen Jahren mit der Thematik der „Freimessung“ von Atommüll. Anfang 2012 hatten vier Kläger und Klägerinnen aus der Umgebung des Atomkraftwerkes Obrigheim (KWO) mit Unterstützung der Initiative AtomErbe Obrigheim Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingereicht. Grund für die Klage war u. a. die für die 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung nicht durchgeführte Öffentlichkeitsbeteiligung sowie sicherheitstechnische Defizite. In einer Pressemitteilung der Initiative hieß es schon damals: „Beim Abbau der KWO-Anlagen fallen in großer Menge Stoffe mit geringerer radioaktiver Belastung an, die auf einer Deponie gelagert oder sonst im konventionellen Bereich verwertet werden sollen. Damit können Personen aus der Bevölkerung (Anwohner und Beschäftigte der Entsorgungsanlagen) direkt betroffen sein. Diese Freigabe ist allerdings nicht – wie in anderen Stilllegungsverfahren üblich – in der Genehmigung geregelt. Das ist eine Umgehung der Öffentlichkeitsbeteiligung.“

<http://www.atomerbe-obrigheim.de/2012/01/klage-gegen-2-sag-eingereicht>

"Angesichts der riesigen Mengen an Abbaumaterial, die derzeit und zukünftig beim Rückbau der Atomkraftwerke und sonstiger Atomanlagen anfallen, darf keine weitere Verteilung von radioaktiven Stoffen in die Umwelt stattfinden. Denn damit würde sich zum einen die radioaktive Strahlung für die Bevölkerung weiter erhöhen, zum andern können die radioaktiven Stoffe eingeatmet werden oder in die Nahrung gelangen," erläutert Gertrud Patan, Mitglied der Initiative AtomErbe Obrigheim und Vorstandsmitglied des BBU.

Aktuell rufen die Anti-Atomkraft-Initiativen, der BBU und weitere Organisationen zum Protest gegen drohende Castor-Atommülltransporte, die erstmals mit einem Binnenschiff auf dem Neckar von Obrigheim nach Neckarwestheim durchgeführt werden sollen. Mehr dazu unter <https://neckar-castorfrei.de>.

Weitere Informationen:

<http://www.atomerbe-obrigheim.de>, <https://www.ippnw.de/atomenergie.html>

Engagement unterstützen

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet <https://www.facebook.com/BBU72/>. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.